

Clinch mit Bund eskaliert - HRE-Chefin wirft hin

Mittwoch, 4. Juni 2014

- von Kathrin Jones und Arno Schuetze und Matthias Sobolewski

Frankfurt/Berlin (Reuters) - Der Streit zwischen der Hypo Real Estate[NUEG.UL] und dem Bund über die Zukunft der notverstaatlichten Immobilienbank eskaliert.

Vorstandschefin Manuela Better wirft überraschend das Handtuch. Sie hat sich mit dem Eigentümer in der Frage zerstritten, wie sich bei der Verwertung der HRE-Reste das meiste Geld für die Steuerzahler herausholen lässt. Diese haben insgesamt 100 Milliarden Euro in den einstigen Dax-Konzern gepumpt, um die Bank in der Finanzkrise vor dem Kollaps zu retten. Die Regierung wurde vom Rückzug Betters kalt erwischt. Ein Nachfolger ist nicht in Sicht. Wichtigste Aufgabe ist die anstehende Privatisierung der Pfandbriefbank pbb, die zum HRE-Konzern gehört. Das Institut muss auf Drängen der EU bis Ende 2015 verkauft oder an die Börse gebracht werden. Der Startschuss solle in Kürze fallen. Nun ist die Unsicherheit groß, auch wenn das Bundesfinanzministerium am Zeitplan festhält.

Better war seit März 2010 am Ruder, als sie faktisch über Nacht in die Fußstapfen des ebenfalls Knall auf Fall abgetretenen Managers Axel Wieandt trat. Ihr Vertrag wäre eigentlich noch bis Anfang 2017 gelaufen. Sie hatte sich zuletzt für den Verkauf des deutsch-irischen Staatsfinanzierers Depfa eingesetzt, der ebenfalls zur HRE gehört und seit der Krise kein Neugeschäft mehr macht. Better sah im Bieterprozess für die Depfa eine Blaupause für die pbb. Doch in Berlin wurde sie nicht erhört. Der Bund entschied sich gegen den Verkauf an einen Finanzinvestor und für die Abwicklung in der "Bad Bank" der HRE, der FMS Wertmanagement - in der Hoffnung auf einen höheren Gewinn am Ende. Die Risiken bleiben damit allerdings die nächsten Jahrzehnte beim Steuerzahler. Better wollte das nicht mittragen: Sie sehe "keine Basis mehr" für die Ausübung ihrer Mandate, erklärte sie.

Aus ihrem Umfeld in München verlautete, die staatliche "Bad Bank" wolle mit der Depfa-Verwertung letztlich ihre Existenzberechtigung untermauern. Der kalkulierte Abwicklungsgewinn sei nur geringfügig höher als die zuletzt auf dem Tisch liegende Kaufofferte eines Investors über 320 Millionen Euro.

"EINE MAMMUTAUFGABE"

Das Bundesfinanzministerium und der Chef des staatlichen Rettungsfonds SoFFin, Christopher Pleister, bedauerten die Entscheidung der 53-jährigen Risiko-Expertin. Kühl reagierte dagegen die SPD, die die Eigenabwicklung der Depfa in der Bundesregierung durchgeboxt hatte. Deren Vizefraktionschef Carsten Schneider sagte der Nachrichtenagentur Reuters: "Ich erwarte von hoch bezahlten Bankvorständen, dass sie Entscheidungen der Eigentümer akzeptieren, insbesondere dann, wenn die öffentliche Hand der Eigentümer ist." Der Grünen-Finanzpolitiker Gerhard Schick, der in Sachen Depfa mit der SPD auf einer Linie war, mahnte eine schnelle Entscheidung über die Better-Nachfolge an, um jeglichen Schaden von der pbb fernzuhalten. Die HRE stehe "vor der Mammutaufgabe, Vertrauen beim Steuerzahler wie auch am Markt neu aufzubauen", erklärte er. "Die Bundesregierung hat jetzt

ein Problem."

Wer auf Better folgen soll, blieb zunächst offen. Der Aufsichtsrat der HRE will das "zu gegebener Zeit" entscheiden, wie die Bank mitteilte. Bei einem Jahresgehalt von 500.000 Euro dürfte sich die Zahl der Interessenten aus der Bankenbranche in Grenzen halten, mutmaßen Banker. Bis auf weiteres springt nun Finanzchef Andreas Arndt ein. Er ist allerdings - anders als Better - kein Urgewächs der HRE, sondern erst seit Mitte April dabei. Arndt kam von der österreichischen Bawag .

Für die pbb kommt der Rückzug Betters zur Unzeit. Das Institut war gerade wieder in die Spur gekommen und hatte erst zu Wochenbeginn einen deutlichen Gewinnsprung für das erste Quartal bekanntgegeben. Die pbb, die auf gewerbliche Immobilienfinanzierungen und Darlehen an die öffentliche Hand spezialisiert ist, muss Experten zufolge vor einem Verkauf zwar noch deutlich rentabler werden. Doch insgesamt sah Better die Bank zuletzt auf Kurs für die von der EU erzwungene Reprivatisierung im kommenden Jahr.

In Kürze sollten Finanzkreisen zufolge Banken für den Verkaufsprozess mandatiert werden. Ob der Zeitplan nun noch steht, ist offen. Das Bundesfinanzministerium betonte: "Die Reprivatisierung der pbb haben wir weiterhin fest im Blick." Sowohl der pbb-Prozess als auch die Übernahme der Depfa durch die FMS Wertmanagement seien auf einem guten Weg.